

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss

MARTIN GROSSE HÜTTMANN*

In seiner Antrittsrede am 24. Oktober 2002 nannte der neue Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA), Roger Briesch, eine Reihe von Themen, die die „Innenpolitik der Europäischen Union“ in den kommenden zwei Jahren seiner Meinung nach besonders prägen. Dazu zählte er u.a. die Arbeiten des Konvents und die darauf folgende Regierungskonferenz sowie den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten.¹ Diese Fragen haben auch die Arbeit des WSA im Berichtszeitraum 2002 bis 2003 geprägt. Da in dieser Zeit der Konvent zur Zukunft Europas nach der ersten „Phase des Zuhörens“ in die eigentliche Arbeitsphase eingetreten ist, stand das Bemühen des Ausschusses, seine Rolle als Forum der organisierten Zivilgesellschaft zu festigen, im Mittelpunkt seiner Tätigkeit.

Neue Geschäftsordnung; personeller Wechsel; Vorstellung des neuen Arbeitsprogramms

Am 17./18. Juli 2002 hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss auf seiner Plenarsitzung mit 129 Ja-, 9 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, die am 1. August 2002 in Kraft getreten ist.² Diese modernisierte Geschäftsordnung bringt eine Reihe von Veränderungen, die vor allem auf die Neuerungen des Vertrags von Nizza, die dem WSA eine herausgehobene Rolle als Vertretungsorgan der organisierten Zivilgesellschaft zuschreiben (Art. 257 EGV), zurückzuführen sind.³ Mit der neuen Geschäftsordnung schreibt der Ausschuss seine neue Bezeichnung als „Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss“ offiziell fest.⁴

Auf seiner konstituierenden Sitzung am 23. Oktober 2002 wurde Roger Briesch (Gruppe der Arbeitnehmer, Frankreich) zum neuen Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden der Vorgänger Göke Frerichs (Gruppe der Arbeitgeber, Deutschland) und Leif Erland Nielsen (Gruppe Verschiedene Interessen, Dänemark) gewählt. Auf den Vorschlag von Roger Briesch wurde Thomas Jansen in seinem Amt als Kabinettschef bestätigt.⁵ In dem Tätigkeitsbericht über seine Amtszeit von 2000 bis 2002 hob Göke Frerichs hervor, dass der WSA als „sensibler Vermittler der Belange der Zivilgesellschaft“ eine zentrale Rolle im Prozess des „institution building“, also bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, gespielt habe: „Der Ausschuss durfte als Initiator jeglicher Form von partizipativer Demokratie diese

DIE INSTITUTIONEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Chance nicht verpassen, die ihn zum Sprachrohr all jener Bürger macht, die sich durch die traditionellen politischen Institutionen nicht vertreten fühlen“.⁶

Plenartagungen und wichtige Stellungnahmen

Wie in den Vorjahren auch hielt der Wirtschafts- und Sozialausschuss im Jahr 2002 neun Plenartagungen ab. Im Vergleich zum Jahr 2001 ist die Zahl der vom WSA insgesamt abgegebenen Stellungnahmen wieder etwas zurückgegangen. Dies zeigt die folgende Zusammenstellung:

	1999	2000	2001	2002
Plenartagungen	9	9	9	9
Stellungnahmen	140	154	192	176
<i>obligatorische Stellungnahmen</i>	52	54	65	74
<i>fakultative Stellungnahmen</i>	59	56	79	56
<i>Initiativstimmungen</i>	29	44	48	41
Informationsberichte	2	5	3	1
Summe der ausgearbeiteten Dokumente	142	159	195	177

Quelle: Europäische Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel, Luxemburg 1999 ff.

Von den 74 abgegebenen obligatorischen Stellungnahmen sind folgende besonders hervorzuheben: die Stellungnahmen zum Solidaritätsfonds, zu den Arbeitsbedingungen der Leiharbeitnehmer, zum Thema „Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums“ sowie die Stellungnahme zum sechsten FTP-Rahmenprogramm (Euratom). Von den 56 fakultativen Stellungnahmen sind diejenigen zur „Binnenmarktstrategie (2002)“, zur europäischen Verkehrspolitik bis zum Jahr 2010, zur Sozialen Agenda und zur Methode der Offenen Koordinierung im Bereich der Migrations- und Asylpolitik ausdrücklich zu nennen.

In 41 Fällen übte der WSA sein Initiativrecht aus, wobei er sich unter anderem mit der Lissabon-Strategie, der „Zukunft der Kohäsionspolitik mit Blick auf die EU-Erweiterung und den Übergang zur wissensbasierten Gesellschaft“, der „Direktbesteuerung von Unternehmen“ und dem Europäischen Regieren beschäftigte. In fünf Fällen reagierte der Ausschuss auf Aufforderungen der Kommission mit sondierenden Stellungnahmen zur Verkehrssicherheit, zu den Leistungen der Daseinsvorsorge, zur Koordinierung der Wirtschaftspolitiken, zur Reform der Rentensysteme sowie zur Vereinfachung und Verbesserung des Regelungsumfelds.⁷

Der WSA in der aktuellen Verfassungsdebatte: seine Rolle im Konvent und seine Funktion als Vertretung und Forum der organisierten Zivilgesellschaft

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hatte in der Vergangenheit immer wieder um seine Existenzberechtigung kämpfen müssen – von politischer Seite wie auch auf Seiten der Wissenschaft wurde ihm vorgehalten, seine Struktur und Zusammen-

setzung sei anachronistisch und seine Arbeit letztlich irrelevant, da heute andere Kanäle der Interessenartikulation auf europäischer Ebene wichtiger und wirksamer seien.⁸ Auch deshalb versucht der WSA sich verstärkt in die laufende Reform- und Verfassungsdebatte auf europäischer Ebene einzubringen, sein Rollenverständnis zu erweitern und der aktuellen Entwicklung anzupassen. Er versteht sich heute auch und vor allem als zentrales Organ und Plattform der „organisierten Zivilgesellschaft“. Diese Rolle wurde ihm im Vertrag von Nizza (Artikel 257 EGV) explizit zugeschrieben.⁹ Nachdem die Verfassungsdebatte im Rahmen des „Konvents zur Zukunft Europas“ einen neuen Kristallisationspunkt bekommen hatte, nutzte der WSA die Chance, hier sein neues Rollenverständnis bekannt zu machen. Eine erste Gelegenheit für ein entsprechendes Plädoyer ergab sich für die drei Beobachter des WSA im Konvent bei der Tagung zur Zivilgesellschaft am 24. Juni 2002. Dort sprachen der Präsident Frerichs, Roger Briesch und Anne-Marie Sigmund vor den Vertretern der Zivilgesellschaft und erläuterten die Rolle des WSA als „institutionalisierte Repräsentanz der organisierten Zivilgesellschaft“.¹⁰

In einer EntschlieÙung, die die Plenartagung am 19. September 2002 verabschiedet hatte, richtete sich der WSA direkt an den Konvent und empfahl die „Stärkung der repräsentativen Demokratie durch Entwicklung partizipativer Prozesse“. Dadurch sollen die Organisationen der Zivilgesellschaft „in einem frühen Stadium am Prozess der Politikgestaltung und der Vorbereitung der Beschlüsse sowie an deren Umsetzung beteiligt werden“. Bei der Organisation dieses so genannten „zivilen Dialogs“ komme dem WSA eine Schlüsselrolle zu.¹¹ Damit der Ausschuss diese Funktion in Zukunft noch besser wahrnehmen könne, forderte er, dass ihm „in dem neuen Verfassungsvertrag der Organstatus zuerkannt“ werde.¹²

Eine wichtige Rolle spielte der WSA für die Arbeit des Konvents, indem er in Zusammenarbeit mit dem Konventspräsidium regelmäßige Treffen organisierte, auf denen sich wichtige Akteure des Konvents mit Vertretern von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Netzwerken über die Arbeit des Konvents austauschen konnten. Präsident Frerichs nannte dies den „erste(n) Anwendungsfall für die strukturierte und regelmäßige Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Arbeit“ des WSA.¹³ Bis zum Mai 2003 wurden acht solcher Treffen organisiert;¹⁴ der stellvertretende Vizepräsident des Konvents, Jean-Luc Dehaene, und andere wichtige Mitglieder des Konventspräsidiums waren bei diesen Treffen anwesend.¹⁵ Präsident Briesch nahm auch an Sitzungen der Arbeitsgruppe „Soziales Europa“ des Konvents teil; dort warb er u.a. für die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Union, die Vollbeschäftigung und die Umsetzung des Prinzips der Gleichbehandlung in der Verfassung. Da es zwischen der Gruppe der Arbeitgeber und der der Arbeitnehmer keinen Konsens darüber gab, ob der Europäischen Union neue Kompetenzen im sozialen Bereich übertragen werden sollten, konnte der WSA zu dieser Frage keine Stellung beziehen.¹⁶ Auch an der Erarbeitung des Verfassungstextes hat sich der WSA mit eigenen Vorschlägen beteiligt. In mehreren Änderungsvorschlägen, etwa zu Artikel 13 (Koordinierung der Wirtschaftspolitik) und zu Artikel 34 (Grundsatz der partizipativen Demokratie) sowie zu den Artikeln 14 (Die Organe der Union) und 23 (Die beratenden Einrichtungen der

Union) unter dem Titel IV („Das demokratische Leben der Union“) haben sich die drei Beobachter für Modifikationen im Sinne der Forderungen, wie sie der WSA seit 2001 immer wieder erhoben hat, ausgesprochen.¹⁷ Dazu gehörte vor allem die Forderung, dem „zivilen Dialog“ und dem „sozialen Dialog“ durch zwei eigenständige Artikel Verfassungsstatus zu geben. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, dass das Prinzip der repräsentativen Demokratie ergänzt werden müsse durch den „Grundsatz der partizipatorischen Demokratie“, wonach „die Bürger ihre Partizipationsrechte durch repräsentative Organisationen der Zivilgesellschaft ausüben, die im Rahmen geeigneter Konsultationsverfahren und -strukturen“ handeln.¹⁸ Zudem wird die langjährige Forderung des WSA, ihm den Organstatus zu verleihen, erneuert.¹⁹ Eine andere Forderung ging dahin, den WSA in „Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss“ umzubenennen, um dadurch, wie es Präsident Briesch in seiner Rede vor dem Konvent im Mai 2003 erläuterte, „seinen europäischen Charakter und seine spezifische Funktion im Gefüge der europäischen Institutionen noch besser“ zu verdeutlichen.²⁰ Der am 13. Juni 2003 vom Konvent beschlossene Verfassungsentwurf hatte jedoch keine der Forderungen des WSA aufgegriffen.²¹

Die Beziehungen mit Bewerberstaaten und Drittländern

Die bevorstehende Erweiterung prägte auch in den Jahren 2002 bis 2003 die Arbeit des WSA. Dies geschah vor allem im Rahmen der Gemischten Beratenden Ausschüsse, in denen sich der WSA in Kooperation mit Vertretern der Zivilgesellschaft in den künftigen Mitgliedstaaten der technischen und politischen Fragen der Erweiterung annimmt.²² Daneben gab es auch einige Besuche von hohen politischen Repräsentanten aus den Bewerberstaaten beim WSA; so etwa die Visite des ungarischen Ministerpräsidenten Medgyessy im September oder des estnischen Präsidenten Rütitel im November 2002 in Brüssel.²³

Auch die Außenbeziehungen mit Drittstaaten wurden weiter vertieft. Dazu dienten etwa das Fünfte Diskussionsforum EU-Indien im März 2003 in Bangalore, in der die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und die Stärkung des politischen Einflusses der Zivilgesellschaft diskutiert wurden. Daneben gab es auch eine Reihe von Besuchen und Kontakten, etwa der Besuch einer Delegation des chinesischen Wirtschafts- und Sozialrates anlässlich der Plenartagung des WSA im Januar 2003 oder der Besuch des Präsidenten Briesch in Brasilien und Uruguay im Februar 2003.²⁴

Nach dem Auslaufen des EGKS-Vertrags: Übernahme von Aufgaben durch den WSA

Als am 23. Juli 2002 der Vertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) nach 50 Jahren Laufzeit an sein Ende gekommen war, wurden die Aufgaben des Beratenden Ausschusses der EGKS der neu geschaffenen „Beratenden Kommission Industrieller Wandel“ beim WSA übertragen.²⁵ Das erklärte Ziel ist es, durch dieses Gremium die Probleme des industriellen Wandels „in ihrer

gesamten Komplexität der wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte, der Aspekte des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung“ zu bearbeiten und diese Aufgabe dauerhaft beim WSA anzusiedeln.²⁶ Präsident Frerichs bezeichnete es als „glückliche Fügung“, dass die Arbeit des EGKS-Ausschusses im Rahmen des WSA fortgeführt werde; denn die Erfahrungen des Ausschusses würden dringend benötigt für die Begleitung des industriellen Wandels in den Staaten Mittel- und Mittelosteuropas.²⁷

Anmerkungen

- * Ich danke Tim-C. Bartsch ganz herzlich für seine Hilfe.
- 1 Antrittsrede von Roger Briesch anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Brüssel, den 24. Oktober 2002, DI/CES 226/2002 (DE), S. 1-2.
 - 2 Vgl. Agence Europe Nr. 8260, 22./23.07.2002, S. 17; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Geschäftsordnung, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2002; ABl. L 268 vom 04.10.2002. – Auf seiner Plenartagung im Februar 2003 hat der WSA eine Änderung des Artikel 32 der Geschäftsordnung beschlossen, der in der Folge der Übernahme von Aufgaben im Rahmen der „Beratenden Kommission für den industriellen Wandel“ nach Auslaufen des Euratom-Vertrages notwendig geworden war (Korrigendum der Geschäftsordnung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Brüssel, den 20. März 2003); vgl. dazu unten.
 - 3 Ebd.; Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Tätigkeiten des EWSA 2000-2002. Bericht des Präsidenten Göke Frerichs, CESE 964/2002 fin, S. 9.
 - 4 Europäische Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2002, Brüssel, Luxemburg 2003, Ziff. 1110.
 - 5 Agence Europe Nr. 8327, 26.10.2002, S. 17; zu den neuen Strukturen und der personellen Besetzung der einzelnen Gruppen, Ausschüsse und Fachgruppen vgl. die Übersicht in EWSA Info, Nr. 1, Januar 2003, S. 3.
 - 6 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Tätigkeiten des EWSA 2000-2002. Bericht des Präsidenten Göke Frerichs, CESE 964/2002 fin, S. 5.
 - 7 Europäische Kommission, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2002, Brüssel, Luxemburg 2003, Ziff. 1114-1116.
 - 8 Vgl. dazu stellvertretend die kritische Analyse bei Jeffery, Charlie: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions, in: Peterson, John; Shackleton, Michael (Hrsg.), The Institutions of the European Union, Oxford 2002, S. 326-346.
 - 9 Zu den institutionellen Veränderungen, die sich durch den Vertrag von Nizza für den WSA ergeben haben, vgl. ausführlich Hrbek, Rudolf/Große Hüttmann, Martin: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, Bonn 2002, S. 105-110.
 - 10 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Intervention von Herrn Frerichs im Europäischen Konvent am 24./25. Juni 2002; CES info, Nr. 6/2002.
 - 11 Der „zivile Dialog“ ist dabei nicht zu verwechseln mit dem im Vertrag festgeschriebenen „sozialen Dialog“. Um Missverständnissen vorzubeugen, weist der WSA auf diese Unterscheide in seinen Stellungnahmen und Entschlüssen immer ausdrücklich hin.
 - 12 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Entschlüsselung an die Adresse des Europäischen Konvents, CES 1069/2002, S. 4 und 7; am 07.10.2002 wurde diese Entschlüsselung an die Mitglieder des Konvents weitergeleitet (CONV 323/02); vgl. auch CES info, Nr. 07/2002.
 - 13 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Tätigkeiten des EWSA 2000-2002. Bericht des Präsidenten Göke Frerichs, CESE 964/2002 fin, S. 7.
 - 14 European Economic and Social Committee, Press Release No. 36/2003, Brussels, 22 May 2003.

- 15 EWSA-Info, Januar 2003 und Mai 2003 (zum Jahresbeginn 2003 haben sich Name und Layout des Newsletter des WSA geändert).
- 16 Agence Europe, Nr. 8364, 18.12.2002, S. 18.
- 17 Vgl. dazu ausführlich Hrbek, Rudolf/Große Hüttmann, Martin: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, Bonn 2002, S. 105-110.
- 18 Suggestion for amendment of Article: Titel VI („Das demokratische Leben der Union“), by Ms Sigmund, Mr Briesch and Mr Frerichs, S. 2.
- 19 Eine Übersicht über die Aktivitäten des WSA in Bezug auf den Verfassungskonvent bietet der Vermerk „Europäischer Konvent: Stand der Umsetzung der Aktionsvorschläge des EWSA“, R/CESE 1408/2002 rev., der dem Präsidium in seiner Sitzung im Januar 2003 übermittelt wurde. Diese Übersicht wurde regelmäßig aktualisiert.
- 20 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Plenartagung des Europäischen Konvents, Brüssel, 15./16. Mai 2003, Rede von Herrn Roger Briesch, S. 4.
- 21 Europäischer Konvent, Text von Teil I und Teil II der Verfassung, CONV 797/1/03 REV 1, Brüssel, den 12. Juni 2003.
- 22 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Tätigkeiten des EWSA 2000-2002. Bericht des Präsidenten Göke Frerichs, CESE 964/2002 fin, S. 18.
- 23 CES info, Nr. 07/2002, S. 2 und EWSA Info, Januar 2003, S. 2.
- 24 EWSA Info, Februar 2003, S. 2 und EWSA Info, März 2003, S. 4.
- 25 Vgl. dazu ausführlich Obwexer, Walter: Das Ende der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, H. 17/2002, S. 517-524.
- 26 Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Tätigkeiten des EWSA 2000-2002. Bericht des Präsidenten Göke Frerichs, CESE 964/2002 fin, S. 15-16.
- 27 Ansprache von Dr. Göke Frerichs zur Eröffnung des Symposiums „Geschichte und Zukunft der Europäischen Union“ aus Anlass des Auslaufens des EGKS-Vertrages am 23. Juli 2002, S. 2.

Weiterführende Literatur

- Hrbek, Rudolf/Große Hüttmann, Martin: Der Wirtschafts- und Sozialausschuss, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, Bonn 2002, S. 105-110.
- Jeffery, Charlie: Social and Regional Interests: ESC and Committee of the Regions, in: Peterson, John; Shackleton, Michael (Hrsg.), *The Institutions of the European Union*, Oxford 2002, S. 326-346.
- Smismans, Stijn: ‚Civil Society‘ in European institutional discourses; *Cahiers Européens de Sciences Po*, No. 3/2002, Paris.
- Smismans, Stijn: The European Economic and Social Committee: towards deliberative democracy via a functional assembly; *European Integration online Papers (EIoP)*, Vol. 4 (2000) No. 12 (<http://eiop.orat/eiop/texte/2000-012a.htm>).
- Vierlich-Jürcke, Katharina: *Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften*, Baden-Baden 1998.